

Kassenärztliche Bundesvereinigung

Bundesweite Kampagne zur Rettung der Praxen

Mit einer bundesweiten Kampagne in TV, Print, Internet und Social Media will die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) auf die kritische Situation in vielen Arztpraxen aufmerksam machen und für einen gesundheitspolitischen Richtungswechsel werben. Die Plakate und Videos unter dem Motto „Wir sind für Sie nah“ sollen zeigen, was die Praxen niedergelassener Ärztinnen und Ärzte sowie Psychologischer Psychotherapeuten auszeichne: die Nähe zu den Patienten, teilte die KBV mit. Damit das so bleibe, müssten sich die Rahmenbedingungen der ambulanten Versorgung schnell und konsequent verbessern, zum Beispiel durch einen Abbau der überbordenden Bürokratie oder eine Verbesserung der bislang dysfunktionalen Digitalisierung. Im Gegensatz zur Politik habe die Bevölkerung den Ernst der Lage bereits erkannt, so die KBV. Einer aktuellen Civey-Umfrage zufolge befürchte die Hälfte der über 5.000 Befragten, dass ihre



Arztpraxen in naher Zukunft schließen. Mehr als 62 Prozent stimmten der Aussage zu, dass sich die Praxen aktuell in einer Notlage befinden. 86 Prozent betonten, ihnen sei die Nähe zum Wohnort bei der Wahl einer Arztpraxis wichtig. **HK**

Die Politik zum Richtungswechsel auffordern will die KBV mit ihrer Kampagne „Wir sind für Sie nah“. Weitere Informationen auf der Kampagnen-Website: www.rettet-die-praxen.de

Foto: KBV

Regierungserklärung

Bundeskanzler Helmut Schmidt nimmt Stellung

Willy Brandt trat am 6. Mai 1974 als Bundeskanzler zurück, nachdem wenige Wochen zuvor sein persönlicher Referent Günter Guillaume als Spion der DDR enttarnt worden war. Am 16. Mai 1974 wählte der Bundestag Helmut Schmidt zum neuen Bundeskanzler. Das *Rheinische Ärzteblatt* nimmt in seiner Ausgabe vom 10. Juni 1974 dessen erste Regierungserklärung unter der Überschrift „Stabilität, Kontinuität und Konzentration“ unter die Lupe. Dabei bezogen sich die Schlagworte nicht allein auf gesundheits- und sozialpolitische Aspekte von Schmidts

Rede. Bei diesen Politikfeldern habe sich der neue Kanzler auf ein „Aufzählen bereits verabschiedeter oder vor dem Abschluß stehender Gesetzesvorhaben“ beschränkt. Dennoch setzte der Autor des Leitartikels große Hoffnungen auf einen Politikwechsel. „Was nun nach dem Regierungswechsel auf das Gesundheitswesen zukommen wird, läßt sich kaum abschätzen. Vielleicht gelingt es Schmidt mit seinem ausgeprägten Willen zur Führung, die unrealistischen ideologisch motivierten Schreier mit ihrem unheilvollen Einfluß zurückzudrängen. [...] Es täte vor allem bitter not, die in den vergangenen Jahren entstandene Verunsicherung in den Heilberufen über die künftige Gestaltung des Gesundheitswesens zu beenden.“ **bre**

Krankenstand

Junge fehlen so häufig wie nie

Im Jahr 2022 haben der AOK Rheinland/Hamburg zufolge so viele unter 30-jährige Beschäftigte Krankenscheine eingereicht wie nie zuvor. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Krankenstand um knapp 42 Prozent. Jeder junge Berufstätige fehlte 2022 im Schnitt an 19 Tagen am Arbeitsplatz. Vor allem hätten Atemwegs- oder Magen-Darm-Erkrankungen, Corona und Rückenschmerzen viele Arbeitsunfähigkeiten (AU) verursacht. Deren Anteil an den Krankschreibungen habe sich jedoch im Zehn-Jahres-Vergleich kaum verändert. Im Gegensatz dazu sei bei den AU-Tagen aufgrund seelischer Leiden nahezu durchgängig ein Anstieg um fast 50 Prozent festzustellen. Vor allem depressive, Angst- und Belastungsstörungen nähmen zu. **HK**

Risiko Alkohol

Online-Fortbildung für Ärzte

Im Rahmen der diesjährigen Aktionswoche Alkohol führen die Bundesärztekammer (BÄK), die Ärztekammer Berlin, der Berufsverband der Frauenärzte, der Hausärztinnen- und Hausärzterverband und die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen am 6. Juni eine gemeinsame Online-Fortbildung durch (www.baek.de). Sie richtet sich an Ärzte sowie weitere Interessierte aus der Suchthilfe und den Gesundheitsberufen. Ziel ist es der BÄK zufolge, das Bewusstsein für die Risiken des Alkoholkonsums zu schärfen, Interventions- und Behandlungsmöglichkeiten vorzustellen und die Zusammenarbeit mit der Suchthilfe zu fördern. **HK**

RA VOR 50 JAHREN